ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Moeller, Kay; Wagner, Christian

Research Report

Politische Auswirkungen der Flutkatastrophe in Indonesien und Sri Lanka

SWP-Aktuell, No. 3/2005

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Moeller, Kay; Wagner, Christian (2005) : Politische Auswirkungen der Flutkatastrophe in Indonesien und Sri Lanka, SWP-Aktuell, No. 3/2005, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254530

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Politische Auswirkungen der Flutkatastrophe in Indonesien und Sri Lanka

Kay Möller / Christian Wagner

Die am 26. Dezember 2004 vom indonesischen Sumatra ausgegangene Flutwelle hat in Indonesien, Malaysia, Thailand, Birma, Sri Lanka, Indien und auf den Malediven mehr als 170 000 Menschen das Leben gekostet. Die Zusagen der internationalen Gemeinschaft, für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete umfangreiche Hilfen zu leisten, verbinden sich mit der Hoffnung, die seit vielen Jahren schwelenden Bürgerkriege in Indonesien und Sri Lanka beilegen zu können. Angesichts der Konstellationen in den betroffenen Staaten sind positive Veränderungen auch durchaus nicht auszuschließen. Allerdings ist es fraglich, ob durch die internationale Unterstützung eine dauerhafte Konfliktbeilegung erreicht werden kann.

Während Indonesien die meisten Opfer zu beklagen hat, zählt Sri Lanka, gemessen an seiner Größe, zu den am schwersten betroffenen Ländern. Im Unterschied zu Indonesien sind die längerfristigen wirtschaftlichen Schäden gravierend. Zweifellos werden sie sich negativ auf die Entwicklung des Landes auswirken.

Die staatlichen und internationalen Hilfsanstrengungen werden zugleich als Katalysator für nationale Versöhnungsprozesse in den Bürgerkriegsregionen in Aceh sowie im Norden und Osten Sri Lankas gesehen. Die wenigen historischen Parallelen bieten allerdings kaum Anlaß zur Hoffnung auf eine solche Entwicklung. So setzte ein Wirbelsturm im damaligen Ostpakistan 1970 dem schwelenden Konflikt mit Westpakistan kein Ende. Die Proteste der Bevölkerung gegen das schleppende Tempo der Hilfsmaßnahmen verschärften ihn im Gegenteil eher noch.

Indonesien

Aceh ist seit den fünfziger Jahren von Unruhen betroffen. Seit Ende der siebziger Jahre kämpft hier eine Guerilla für die Unabhängigkeit der Provinz von Indonesien. Der Konflikt eskalierte 1999 nach der Loslösung Osttimors, ein im Dezember 2002 unterzeichnetes Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten war kurz darauf Makulatur. Im Mai 2003 verhängte Jakarta das Kriegsrecht über die Provinz und entsandte ca. 30 000 Soldaten und 10 000 Polizisten mit der Maßgabe, jene 2000 Unabhängigkeitskämpfer auszurot-

ten, die sich in Bergregionen im Landesinnern zurückgezogen hatten. Die Operation kostete mehrere hundert Rebellen das Leben und hatte die Vertreibung von mehreren tausend Zivilisten zur Folge. Das Kriegsrecht wurde im Mai 2004 durch einen »zivilen Ausnahmezustand« ersetzt, aber sowohl die Kampfhandlungen als auch die Repressionen gegen die Zivilbevölkerung dauerten an.

Nachdem die Flutwelle vom 26. Dezember weite Teile Acehs verwüstet hatte, vergingen drei Tage, bevor die Regierung in Jakarta internationalen Hilfsorganisationen den Zugang zu den betroffenen Gebieten gestattete. Auch danach wurden diese Organisationen noch im Einzelfall vom indonesischen Militär behindert, das seinerseits 15 000 Soldaten zum Katastropheneinsatz abkommandierte. Der Ausnahmezustand wurde offiziell aufgehoben, und die Guerilla akzeptierte ein Angebot für einen »begrenzten Waffenstillstand«. Ungeachtet dessen setzten die Streitkräfte ihre Operationen gegen die Unabhängigkeitskämpfer fort.

Wenn die Katastrophe dennoch Anlaß zu vorsichtigen Hoffnungen auf eine Versöhnung in Aceh gibt, dann insofern, als das Militär nunmehr mit einer massiven ausländischen Präsenz konfrontiert ist. Insbesondere die neue Bewegungsfreiheit für Journalisten in der Provinz dürfte sich mäßigend auf die Armee auswirken. Darüber hinaus sind Vertreter der acehnesischen Zivilgesellschaft in die Heimat zurückgekehrt, die sie nach Ausrufung des Kriegsrechts verlassen hatten.

Die Ankündigung von Vizepräsident Yusuf Kalla, daß ausländische Helfer nicht länger als drei Monate in der Krisenregion bleiben können, zeigt neben der faktischen Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, daß das Militär diese Effekte nicht vorbehaltlos positiv bewertet. (Die Entwicklung in Aceh hat anscheinend die birmanische Junta motiviert, die Zahl der Opfer im eigenen Land herunterzuspielen und Hilfsangebote nur in geringem Umfang in Anspruch zu nehmen.)

Die Kritik der internationalen Gemeinschaft an den Beschränkungen der Hilfsmaßnahmen und die Zusage des mit der Koordinierung der Hilfen betrauten indonesischen Außenministers Hassan Wirajuda, Gespräche mit der Guerilla aufnehmen zu wollen, lassen hoffen, daß wieder ein Dialog zwischen den Konfliktparteien in Gang kommt. Sollte dem so sein, bleibt unklar, ob er fortgeführt werden kann, wenn die ausländischen Helfer die Region wieder verlassen haben.

Sri Lanka

In Sri Lanka kämpfen die »Befreiungstiger von Tamil Eelam« (Liberation Tigers of Tamil Eelam, LTTE) seit 1983 für einen unabhängigen Staat. Kontrahent ist die Zentralregierung in Colombo, die von den Parteien der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit dominiert wird. Bei den Auseinandersetzungen sind bislang über 60 000 Menschen ums Leben gekommen. Auf Vermittlung Norwegens wurde 2002 ein Waffenstillstand vereinbart, der von einer skandinavischen Beobachtergruppe überwacht wird. Im Sommer 2003 hatte die internationale Gemeinschaft den Konfliktparteien 4,5 Mrd. US-Dollar für den Wiederaufbau der vom Bürgerkrieg zerstörten Gebiete gegen Fortschritte beim Friedensprozeß in Aussicht gestellt. Allerdings konnte diese Offerte die anhaltende Krise des Friedensprozesses nicht überwinden, so daß selbst Norwegen im Dezember 2004 einen Rückzug erwog.

Die Flutkatastrophe hat nicht nur die Touristengebiete im Süden, sondern auch die Bürgerkriegsregionen im Norden und Osten des Landes betroffen. Präsidentin Kumaratunga und die LTTE riefen in ersten Stellungnahmen zur Zusammenarbeit zwischen den Bevölkerungsgruppen auf. In den Medien wurde ein ›konfliktsensibler‹ Wiederaufbau gefordert, um den Friedensprozeß wieder in Gang zu bringen.

Die Hilfen der Regierung erreichten die von der LTTE kontrollierten Gebiete jedoch nur schleppend, was die tamilische Zivil-

bevölkerung bei einem Besuch von Premierminister Rajapaksa in Jaffna zu Protesten veranlaßte. Die LTTE behielten sich die Kontrolle über die Verteilung der Hilfen vor und schränkten die Bewegungsfreiheit ausländischer Hilfsorganisationen ein.

Die politischen Folgen der Flutkatastrophe und die Konsequenzen für den Friedensprozeß sind noch nicht genau abzusehen. Erstens ist auf seiten der LTTE unklar, welche Schäden ihre militärische Infrastruktur erlitten hat, darunter vor allem die Marineverbände der *Sea Tiger*. Auch nach der Flut setzte die LTTE offensichtlich ihre vielfach kritisierte Politik der Zwangsrekrutierung von Kindern und Jugendlichen fort. Dabei griff sie verstärkt auf jene zu, die ihre Eltern in der Flut verloren hatten. In der heftig umstrittenen Ostprovinz könnte der Wiederaufbau die Position der LTTE schwächen. Dort hatte sich im Frühjahr 2003 der frühere Kommandant Karuna von der Guerilla-Führung im Norden losgesagt und eine größere Mitsprache der Ostküste am Friedensprozeß gefordert. Er verwickelte die LTTE in bewaffnete Auseinandersetzungen und signalisierte Kompromißbereitschaft für Gespräche mit der Regierung. Im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau könnte die Karuna-Fraktion von dieser aufgewertet werden. Dies wäre ein empfindlicher Rückschlag für die LTTE, die damit Rückhalt in der Ostprovinz einbüßen würde.

Zweitens dürfte sich das indische Engagement in Sri Lanka durch die umfangreiche Unterstützung und die Beteiligung indischer Firmen am Wiederaufbau im Norden und Osten weiter verstärken. Unmittelbar vor der Flutkatastrophe hatten zudem die indischen und srilankischen Seestreitkräfte erstmals gemeinsame Übungen durchgeführt. Die wachsende Rolle Indiens läuft den Interessen der LTTE zuwider, allerdings hat sich die Indische Union bislang nicht im Friedensprozeß engagiert.

Drittens sind auch die möglichen politischen Folgen im singhalesischen Süden nicht klar zu erkennen. Hier hatte die buddhistisch-nationalistische JVP, der wichtigste Akteur innerhalb der Regierungskoalition, zusehends Front gegen die ausländische Vermittlung gemacht und sich damit auch gegen die Präsidentin gestellt. Insofern könnte einerseits die internationale Unterstützung in den Hochburgen der JVP im Süden die Ressentiments gegen ausländische Hilfe mildern. Andererseits profitiert aber die JVP von den Problemen beim Wiederaufbau und bietet den Opfern ihrerseits umfangreiche Hilfe an, die ihren Einfluß stärken könnte.

Viertens sprechen historische Erfahrungen eher gegen eine Annäherung. Die im Sommer 2003 bereitgestellten Mittel brachten kaum Fortschritte im Friedensprozeß. Daher stellt sich die Frage, warum neue Hilfszusagen der internationalen Gemeinschaft jetzt eine Änderung der festgefahrenen Verhandlungspositionen zwischen Regierung und LTTE bewirken sollten.

Ausblick

Angesichts der unterschiedlichen Konfliktkonstellationen ist die Frage, ob sich die Flut mäßigend auf die Konflikte auswirken wird, derzeit nicht eindeutig zu beantworten. Kurzfristig haben die schiere Not der Betroffenen und die auch von den kämpfenden Einheiten verzeichneten Verluste zu einer gewissen Beruhigung beigetragen.

In Indonesien könnten eventuell wieder Verhandlungen über eine politische Beilegung des Aceh-Konflikts in Gang kommen. Offen bleibt, ob sie – einmal aufgenommen – fortgesetzt werden können, wenn die internationale Aufmerksamkeit für Aceh wieder nachgelassen hat. In Sri Lanka könnten die LTTE geschwächt worden sein. Sollten jedoch singhalesische Hardliner wie die in der JVP vertretenen von der Flutkatastrophe profitieren, wäre dies dem Friedensprozeß wenig förderlich. Es bleibt zu hoffen, daß zumindest der Waffenstillstand zwischen Regierung und LTTE Bestand hat und die internationale Beobachtertruppe ihre Mission fortsetzen kann.

Allerdings sind auch neue Spannungen

nach dem Beginn des Wiederaufbaus unter massivem Einsatz internationaler Hilfen nicht auszuschließen. Denn sozio-ökonomische Ungleichheiten und der Mangel an Autonomie für nationale Minderheiten waren die wichtigsten Ursachen für die Entstehung der Konflikte. Des weiteren ist zu befürchten, daß neben der allgegenwärtigen Korruption und der Existenz weitverzweigter Patronagenetzwerke in beiden Staaten die Hilfe für die jeweilige politische Agenda instrumentalisiert wird. Die Geber werden in erster Linie mit den Zentralregierungen verhandeln müssen. Ob sie auf die Verteilung der Mittel, vor allem zwischen den verschiedenen Volksgruppen, Einfluß nehmen können, ist eher fraglich.

Schließlich können die Aktivitäten christlicher Hilfsorganisationen neue Ressentiments schüren, sollten diese nach der unmittelbaren Hilfeleistung für den Wiederaufbau zur Missionierung übergehen.

Konsequenzen für deutsche und europäische Politik

Deutschland und Europa spielen in der süd- und südostasiatischen Kräftedynamik mangels gemeinsamer Konzepte und Instrumente bisher keine Rolle. Deshalb waren einem langfristigen Engagement in Bürgerkriegssituationen wie in Indonesien und Sri Lanka Grenzen gesetzt.

Allerdings muß man angesichts der Massivität der von Deutschland und Europa in Aussicht gestellten Hilfen künftig mehr erwarten. Wenn man nicht will, daß die Wiederaufbauhilfen nach kurzer Zeit in anhaltenden Bürgerkriegen als Ressource mißbraucht werden, wird eine aktive Mitwirkung an der Beendigung solcher Konflikte unumgänglich. Dabei sollten zum einen zivilgesellschaftliche Gruppen in den Wiederaufbau eingebunden werden. Zum anderen müssen anhaltende Waffenstillstandsverletzungen mit den Verantwortlichen gegebenenfalls auch in Verbindung mit den Hilfszusagen thematisiert werden.

Darüber hinaus sollten Deutschland und Europa die Möglichkeit einer aktiven Vermittlerrolle in den Konflikten um Aceh und den Nordosten Sri Lankas prüfen. In beiden Konfliktfällen würde das Ziel der Vermittlung in einem erneuten Waffenstillstand und einer umfassenden Autonomie in Anlehnung an die bereits getroffenen Vereinbarungen bestehen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364